



Unter Beteiligung von Lehrern, Schulkrankenschwestern, Gymnasiasten und Studenten sind für Dienstag Demonstrationen in Paris und mehreren anderen Städten Frankreichs sowie eine Streikbewegung geplant. Zu den Forderungen gehören eine Gehaltserhöhung für Lehrer und die Rückkehr der Studenten an die Universitäten.

Das von der Gesundheitskrise betroffene nationale Bildungspersonal, dem sich Schulkrankenschwestern, aber auch Gymnasiasten und Universitätsstudenten angeschlossen haben, ist aufgerufen, am Dienstag, 26. Januar, in ganz Frankreich zu streiken und zu mobilisieren, um sich Gehör zu verschaffen am Vorabend eines möglichen neuen Lockdowns.

Auf Aufruf einer gewerkschaftsübergreifenden Gruppe, die sich insbesondere aus der FSU, der CGT und der FO zusammensetzt, sollen in Paris und mehreren anderen Städten Versammlungen abgehalten werden. In der Hauptstadt wird die Demonstration ab 13 Uhr von Luxemburg aus in Richtung Rue de Grenelle, dem Sitz des Bildungsministeriums, ziehen.

"Dies ist ein entscheidender Moment für die Bildung, es gibt eine echte Wut unter den Lehrern, die sehr besorgt sind", sagte Benoît Teste, Generalsekretär der FSU, und bezog sich dabei insbesondere auf das vom Minister für nationale Bildung ins Leben gerufene Grenelle-Lehrerforum, das im Februar ausläuft.

Im November hatte das Ministerium Upgrades ab 2021 angekündigt, die vor allem auf die Jüngsten abzielen. Doch die Gewerkschaften hoffen, dass ein mehrjähriges Gesetz, wie bei der Rentenreform versprochen, langfristige und substanzielle Verbesserungen für den gesamten Berufsstand festschreibt.

Die Gehälter französischer Lehrer liegen zu Beginn ihrer Laufbahn 7 % unter dem Durchschnitt der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Ein Gefühl der Verlassenheit seitens der Mitarbeiter und Studenten

"In diesem schwierigen Kontext einer sich verschlechternden Gesundheitssituation und der Ungewissheit über einen möglichen neuen Lockdown sind es mehr als 100.000 Grundschullehrer, die am Dienstag streiken werden", sagte die Gewerkschaft in einer Erklärung und forderte einen "Notfallplan für die Schule" und einen echten Schutz für Personal und Schüler, um die Schulen offen zu halten.

Die Schule "befindet sich in einer ernsten und beispiellosen Krise, in der der Erfolg der Schüler bedroht ist, während das Personal an vorderster Front steht und sich im Stich





gelassen fühlt. Es bedarf angemessener Antworten, um einen völlig anderen öffentlichen Bildungsdienst zu ermöglichen", fordert die Gewerkschaft.

Virginie Dupont, Präsidentin der Universität Bretagne Sud, hofft im Gespräch mit France 24 am Dienstag, dass diese Maßnahme keine Eintagsfliege sein wird. "Die Studenten sind von dieser Situation erschöpft [...] Sie verbringen ihre Tage von morgens bis abends vor einem Bildschirm. Psychologisch gesehen ist es sehr schwierig für sie", sagt sie und äußert auch ihre Sorge um die Professoren.

"Lehrer sind in der gleichen Situation, auch wenn ihre soziale Lage eine andere ist", sagt Dupont. Sie weist insbesondere auf die Notlage der jungen Menschen hin, von denen viele wegen der Gesundheitskrise ihre Arbeit verloren haben. "Diese Situation vergrößert nur die Ungleichheiten", betont die Universitätspräsidentin.

Für Schulkrankenschwestern ist "der Kelch voll".

Die Gewerkschaften ihrerseits prangern das Management der Gesundheitskrise in den Schulen an, angefangen bei den Krankenschwestern, die neben den Lehrern für Dienstag zur Mobilisierung aufrufen.

Für Saphia Guereschi, Generalsekretärin der Nationalen Gewerkschaft der Krankenschwestern und -pfleger (SNICS-FSU), sind die Krankenschwestern und -pfleger in den Mittel- und Oberschulen durch das Management der Gesundheitskrise überfordert und müssen die "Screening- und Tracing-Phasen" managen, zum Nachteil der Schülerbetreuung.

"Die schwerwiegende Folge davon ist, dass Jugendliche, denen es sehr schlecht geht, zu den Beratungen in den Einrichtungen nicht mehr empfangen werden können", warnt sie.

Saphia Guereschi besteht darauf: "Die Schulschwestern werden an der Spitze der Prozession sein, sehr gut vertreten, denn für uns ist der Kelch voll".

Die wichtigste Elternvereinigung FCPE ruft ebenfalls zu einem Streik am Dienstag auf, um die Behörden aufzufordern, "die Gesundheitskrise besser zu planen".